



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Pressestatement

Gesundheitspolitische Vorhaben müssen gelingen

Berlin, 08.11.2024

Dr. Christos Pantazis, MdB
*Abgeordneter für Braunschweig
Stv. gesundheitspolitischer Sprecher*

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040
Fax: +49 30 227 23 78040

Wahlkreisbüro:
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822
Fax: +49 531 4809 850

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

„Das Ende der Ampelkoalition war angesichts der Umstände konsequent, und Neuwahlen sind daher erforderlich und folgerichtig. Die amtierende Regierung wird jedoch weiterhin unverzichtbare Projekte wie den Ausgleich der kalten Progression, die Stabilisierung der gesetzlichen Rente, die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, Sofortmaßnahmen für die deutsche Industrie und die Sicherstellung der Ukrainehilfen bis Jahresende vorantreiben.

Aber auch bzw. vor allem im Gesundheitsbereich gibt es noch wichtige Reformen, wie etwa die Krankenhausreform, die den Bundesrat passieren muss, die Sicherung der Pflegefinanzierung und die Überarbeitung der Notfallversorgung, die nicht bis nach der nächsten Bundestagswahl warten können. Angesichts der bisherigen vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten der Ampel-Fraktionen im Gesundheitsbereich wäre dies ein fatales Zeichen für die Menschen in unserem Land.

Die Bürgerinnen und Bürger benötigen im Gesundheitswesen Klarheit und Perspektiven. Noch besteht die Chance, bedeutende Reformvorhaben fraktionsübergreifend auf den Weg zu bringen. Der gesundheitspolitische Bedarf an Veränderungen ist immens, und das Ende der Koalition darf nicht zu einem völligen Stillstand führen. Jetzt ist auch die Opposition, vor allem die Union gefordert, diese essenziellen Maßnahmen bis zu den Neuwahlen zu unterstützen. Ein gemeinsames Vorgehen ist ein starkes Zeichen für die Handlungsfähigkeit der Demokratie und die Stabilität von Deutschland und Europa.“